

An die Kirchenleitungen der Union Evangelischer Kirchen (UEK)

Sehr geehrte BischöfInnen und KirchenpräsidentInnen der UEK.

Die Union Evangelischer Kirchen (UEK) in Deutschland hat 12 Mitgliedskirchen (alle unierten und reformierten sowie mehrere lutherische und zusätzlich drei lutherische Gastkirchen). Diese Ihre Kirchen haben alle Partnerschaft mit der United Church of Christ (UCC) in den USA. In mehreren Erklärungen hat diese Stellung genommen zu den Kriegsverbrechen der Hamas und des israelischen Staates im noch andauernden Krieg. In den Erklärungen im Anhang werden auf der Grundlage des Bekenntnisses der Generalsynode von 2021 folgende Anklagen und Forderungen erhoben:

- Die jahrzehntelange Unterdrückung des palästinensischen Volkes als Ursache für die neuerliche Gewaltexplosion ist „eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit“ und „als Verstoß gegen die Botschaft der Propheten und des Evangeliums eine Sünde“.
- „Wir sind fassungslos, wie dieser Angriff auf das palästinensische Volk in Gaza zugelassen werden kann, und bedauern und lehnen die Rolle der USA ab, die Israels Kampagne durch diplomatische Deckung und einen ständigen Strom von Militärhilfe und Material ermöglicht haben...Wir hören die Schreie unserer Partner im Nahen Osten und des palästinensischen Volkes...Wir drängen auf einen dauerhaften Waffenstillstand, die Bereitstellung umfangreicher medizinischer und humanitärer Hilfe, die sofortige Freilassung aller Geiseln und Gefangenen und die Lösung der Kernfragen, damit ein dauerhafter und gerechter Frieden herrschen kann.“
- Die Kirchenpräsidentin der UCC wendet sich auch gegen die Bemühungen ihrer Regierung, „die Redefreiheit auf dem Universitätsgelände einzuschränken und die Unterstützung der internationalen Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) einzuschränken oder zu verbieten.“
- United Church Funds stellt fest, dass „wir alle Bestände unserer Fonds sorgfältig überwachen, um sicherzustellen, dass die Anlageportfolios unserer Kunden nicht von Krieg und Gewalt in irgendeiner Region der Welt, einschließlich Israel/Palästina, profitieren.“
- In der Karwoche schreibt die Kirchenleitung an die Gemeinden: „Die Gewalt, die Massenvertreibung und der Hunger, die heute in Palästina herrschen, sind nichts weniger als eine Sünde und eine Angelegenheit von moralischer und theologischer Dringlichkeit. Es ist zwingend notwendig, dass wir klar und deutlich über das Unrecht sprechen, wenn wir Zeugen davon sind, insbesondere wenn unsere Regierung mitschuldig daran ist, die Aufrechterhaltung dieses kolonialistischen Projekts zu ermöglichen und zu befördern.“ Auch wendet sie sich gegen die „starke Zunahme von antisemitischen und antimuslimischen Haltungen und Handlungen in unseren Gemeinden“ und stellt fest, „dass alle in Palästina und Israel lebenden Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind“.
- „Diese fortwährende Diskriminierung von Palästinensern, die unter israelischer Kontrolle leben, stellt eine Verweigerung ihrer Rechte dar und trägt zu der Schlussfolgerung der Generalversammlung bei, dass ‚die Gesetze, Politiken und Praktiken des Staates Israel der Definition von Apartheid im Sinne des Völkerrechts entsprechen‘. Diese Gewalt und Ungerechtigkeit muss ein Ende haben.“
- „Wir fordern die USA auf, robuste diplomatische Bemühungen im Einklang mit dem Völkerrecht zu unterstützen, um die Ursachen zu bekämpfen und ihre langjährige Unterstützung für Israels Siedlerkolonialismus zu beenden. Die Rechte, die Würde, die Gleichheit und die Selbstbestimmung aller Menschen in der Region müssen gewährleistet werden.“

Als Mitglieder Ihrer Kirchen bitten wir Sie dringend, in ähnlich klarer und theologisch begründeter Weise öffentlich Stellung zu nehmen und zu handeln, vor allem auch die Bundesregierung aufzufordern, sofort die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen und alle zukünftige Kooperation mit dem Staat Israel an dessen Einhaltung des Völkerrechts zu binden.

Im Namen des Friedensstifters Jesus grüßen wir Sie

cc. Presse